

Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

Verlags-Redaktion: Ami Dresden Nr. 51502
Zell-Nr.: Elbgaupresse Dresden

mit Loschwitzer Anzeiger

Post-Konto: Stadtkant Dresden, Postkonto Dresden Nr. 606
Postfach-Konto: Nr. 617 Dresden

Lagezeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönbühl, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgaupresse Dresden und Verlagsgesellschaft Hermann Deter & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Orsch, für den übrigen Inhalt Eugen Berner, beide in Dresden.

Ordnung: Gleich mit den Beilagen: Ami, Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Markt, Radio-Zeitung, Anzeigen werden die 6 gespaltene Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Anzeigen die 4 gespaltene Zeile monatlich mit 1.50, durch die Post ohne Zustellgebühr monatlich mit 2.00. Für die 1. Spalte 100, 2. Spalte 75, 3. Spalte 50, 4. Spalte 25 Goldpfennigen. Anzeigen mit Plakatschriften und schwierigen Schriften werden mit 50% Zuschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telefonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Inserationsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeiger fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeitungspreis in Anwendung gebracht. Rückzahlung erfolgt: b. verpaid. Zahlung, Frage ob. Kontant d. Auftragsgeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Loschwitzer Str. 4
87. Jahrgang

257

Mittwoch, den 4. November

1925

Der Beschluß der Regierungsparteien

Scharfe Mißbilligung des Verhaltens der Deutschnationalen — Painlevés knappe Mehrheit — Ruf nach links bei den englischen Gemeinderatswahlen

Stresemann über Locarno.

Im Rahmen der Funkstunde hielt Reichsaussenminister Dr. Stresemann gestern abend einen Vortrag über das Werk von Locarno. Der Minister erklärte u. a.: Es ist kein Zweifel darüber möglich, daß man vor und nach Versailles in Paris glaubte, daß das Problem der Sicherheit Frankreichs durch die Festlegung Deutschlands gelöst werden könne.

Diese Hoffnung, die Poincaré und alle politischen Schüler Poincarés hegten, sind vereitelt worden.

Aber für Frankreich blieb das Problem der Sicherheit mit dieser Last auf jeder Politiker und müssen auch wir rechnen. Wir müssen das schon deshalb, weil andere Mächte, wie namentlich England, das Sicherheitsbedürfnis Frankreichs anerkennen. Darüber hinaus aber ist mit diesem Problem das große Problem der deutsch-französischen Auseinandersetzung überhaupt verbunden. Man beginnt einzusehen, daß man mit dem Krieg und mit der Fortsetzung der Versailles-Methoden nicht weiterkommen kann. Es ist nötig, daß an der x e Wege gegangen werden, und die größte Bedeutung von Locarno sehe ich schließlich darin, daß man sich jetzt allseitig entschlossen hat, einen Kurs- und Richtungswechsel mit dem Ziel vorzunehmen, an die Stelle der Methoden von Versailles die Verständigung treten zu lassen. Lassen Sie mich Ihnen

die Hauptgedanken des Werkes von Locarno

kurz erläutern. Der Sicherheitspakt, der Kern der Locarno-Verträge, enthält die Verpflichtung, die Westgrenzen weder durch Anzweiflung, noch durch Invasion zu verletzen. Diese Verpflichtung gilt selbstverständlich nicht einseitig für uns, sondern genau so für Frankreich und für Belgien. Ueber diese Verpflichtungen hinaus enthält aber der Vertrag, und das völlig eindeutig, keinerlei Bindungen für uns. Wir haben keinerlei moralischen Verzicht irgendwelcher Art auf deutsches Land ausgesprochen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist in seiner friedlichen Auswirkung völlig unangetastet geblieben.

Durch den Abschluß des Sicherheitspaktes erklärt Frankreich, nie wieder Deutschlands Gebiet mit militärischer Gewalt verletzen zu wollen, und erklärt weiter, daß es damit einverstanden ist, daß England Deutschland als Garant zu Hilfe kommen soll, wenn Frankreich sich nicht an die im Westpakt festgesetzten Bedingungen hält.

Im engen Zusammenhang mit dem Westpakt stehen dann die Schiedsverträge, die wir mit Frankreich und Belgien abgeschlossen haben. Der große Vorteil, den diese bieten, besteht z. B. darin, daß in Zukunft der gesamte Versailles-Vertrag und ebenso das Abeinlandabkommen unter Schiedsrecht steht. Zu dem Gesamtwerk von Locarno gehören auch die Schiedsverträge, die wir mit Polen und der Tschecho-Slowakei schließen wollen. Diese Verträge geben uns die Möglichkeit, zu einer gesicherten und gesunden Grundlage für die Austragung rechtlicher Differenzen mit den beiden Ländern zu gelangen. In diesen Verträgen ist nichts enthalten, was irgendwie als eine Anerkennung der Differenzen angesehen werden kann. Wenn die deutsche Regierung sich dazu entschließen sollte, am 1. Dezember in London die in Locarno paraphierten Verträge endgültig zu unterzeichnen, so werden wir auch bereit sein, in den Völkerverbindungen einzutreten.

Wenn ich so die Hauptlinien des Vertrages von Locarno Ihnen darlegen habe, so muß ich vor allem zu den

Rückwirkungen auf das besetzte Gebiet sprechen. Die Verträge von Locarno und ihre Rückwirkungen sind für uns ein einheitliches und untrennbares Ganzes. Sie gehören zusammen und die Delegierten der übrigen in Locarno vertretenen Mächte wissen das auch. Wir haben Ihnen gesagt, daß wir Ihren Er-

Der Sieg Dr. Luthers

Das Ergebnis der gestrigen Besprechungen der Führer der in der Regierung verbliebenen Parteien beim Reichskanzler hat in parlamentarischen Kreisen größte Beachtung gefunden. Die Zustimmung der Parlamentarier zu den Erklärungen des Kanzlers und die übereinstimmende Billigung des Beschlusses, den Reichstag erst nach erschöpfender Klärung des Vertragswerkes von Locarno einzuberufen, kann keinen Zweifel daran lassen, daß Dr. Luther vorläufig auf der ganzen Linie gesiegt hat. Gewiß wünschen einzelne Parteien, wie beispielsweise das Zentrum, daß nach dem Ausschelden der Deutschnationalen aus dem Reichsladmet eine Umgruppierung der parlamentarischen Kräfte erfolgt, aber diese Erwägungen treten vollkommen zurück hinter den Notwendigkeiten der Außenpolitik. Angesichts der großen Schwierigkeiten, die noch immer in der Frage der politischen Rückwirkungen bestehen, kann die Frage der Annahme oder der Ablehnung des Locarno-Vertrages immer noch nicht zur Entscheidung gestellt werden. Man erfährt, daß Reichskanzler Dr. Luther in seinen Erklärungen ausdrücklich betont hat, welche Möglichkeiten im Hinblick auf etwaige ungenügende Zustände der III. und IV. eintreten könnten. Es sei sehr wohl denkbar, daß beispielsweise die deutsche Regierung sich gezwungen sehen könnte, die Ratifizierung der Paktverträge auszusetzen und

neue Verhandlungen über die Rückwirkungen einzuleiten

unter der ausdrücklichen Betonung des deutschen Standpunktes, daß die Frage der Rückwirkungen gelöst sein müssen, ehe der Pakt zustande kommt.

Die Darlegungen der Parteiführer gegenüber dem Kanzler enthalten eine gewisse Spitze gegen die Deutschnationalen, von denen gesagt wird, daß bei den Parteien allgemeine Übereinstimmung darüber herrsche, daß die Deutschnationale Partei sich durch ihr vorzeitiges Verhalten von der weiteren Teilnahme an der Regierung selbst ausgeschlossen hätte. Es ist sehr wahrscheinlich, daß es wegen dieser Auslassung des amtlich herausgegebenen Kommuniqué noch zu sehr lebhaften Auseinandersetzungen kommen wird. In den Kreisen der Deutschnationalen erblickt man darin einen Beweis für die im Gange befindlichen Bestrebungen, die Deutschnationale Partei auf jeden Fall aus der Reichsregierung fernzuhalten und den Weg zu einer Wiedereinsetzung unter den bisherigen Regierungsparteien zu versperren.

klärungen vertrauen und daß von der Art wie sie unser Vertrauen rechtfertigen, die Entscheidung des deutschen Volkes und seiner Regierung über die Annahme oder Ablehnung der Locarno-Verträge abhängig ist. Ich wiederhole auch hier: Die Räumung der Kölner Zone gehört nicht zu diesen Rückwirkungen, wir haben auf diese Räumung einen Rechtsanspruch, und ich hoffe, daß die nächste Zeit bereits Klarheit über den Räumungsstermin bringen wird. Wenn der Locarno-Gelt wirklich Friedensgehalt ist, dann muß sich dieser neue Welt aber ganz selbstverständlich im ganzen Rheintal auswirken. Darüber hinaus aber muß Locarno nicht das Ende, sondern der Anfang einer neuen Entwicklung sein. Wir haben in Locarno nicht von

Ohne Zweifel ist der Erfolg des Reichskanzlers, der mit Zustimmung der Regierungsparteien den bisherigen Weg weiter verfolgen kann, zunächst von ausschlaggebender Bedeutung. Die Verschärfung der Regierungskrise, die man für Dienstag oder Mittwoch erwartet hatte, ist nicht eingetreten und damit erledigen sich auch alle Gerüchte, die noch vor 24 Stunden über einen bevorstehenden Rücktritt des Kabinetts Luther im Umlauf waren.

Bedingungen der Demokraten

Der Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei beschäftigte sich in einer gestern nachmittag im Reichstage abgehaltenen Sitzung mit der gegenwärtigen politischen Lage. Einstimmig wurde folgende Entschließung angenommen:

Der Parteivorstand billigt die Haltung des Parteivorstandes zur Außen- und innenpolitischen Entwicklung und erklärt sich nur mit einer Lösung der Krise durch eine Regierung einverstanden, die 1. die Annahme des Vertrages von Locarno von einer befriedigenden Lösung der Rückwirkungen abhängig macht, 2. sich für eine ehrliche Durchführung der Politik von Locarno und eine Annäherung der europäischen Staaten einsetzt, 3. eine Innenpolitik gewährleistet, die die Festlegung der Republik dient und 4. sich auf die Parteienstütze, die diese Außen- und Innenpolitik entschlossen mitmachen.

Das Zentrum wünscht die große Koalition

Nach wie vor sind die führenden Zentrumskreise entschlossen, ihren ganzen Einfluß auszubieten, um das Zustandekommen einer Regierung der Großen Koalition in Reiche zu ermöglichen, von der sich die Zentrumspartei eine weitgehende Klärung der innenpolitischen Situation verspricht. Das Zentrum ist der Ansicht, daß ein Entschluß der Deutschen Volkspartei, im Reiche die Große Koalition wieder anzuzurufen, dazu führen würde, daß die Regierungsschwierigkeiten sowohl in Preußen als auch in Baden durch die Bildung der Regierung der Großen Koalition gelöst werden könnten. Das Zentrum habe es aber nicht eilig und wolle den anderen Parteien seine Wünsche nicht aufzwingen. Es werde sich daher dazu entschließen, vorläufig eine abwartende Haltung einzunehmen, zumal es davon überzeugt sei, daß eine anderweitige Beseitigung der Regierungskrise nicht zu erwarten sei.

dem verschwiegen, was uns in Hinblick auf das Wohl des deutschen Volkes auf dem Herzen lag. So haben wir auch zum Ausdruck gebracht, daß die gegenwärtige deutsche Regierung

keinerlei moralische Schuld Deutschlands an dem Kriegsausbruch

anzuerkennen vermag, sondern daß sie sich auf den Standpunkt stellt, der bereits im September 1914 in dem erwähnten Memorandum der ehemaligen Regierung Marx niedergelegt worden ist. Mit dem Eintritt in den Völkerverbund besteht auch für uns das

moralische Recht für die Vertiefung von Kolonialmandaten.

Ist Preisabbau möglich?*

Von Eudikus Dr. Wonne, Fretal.

Wir haben in den bisherigen Ausführungen festgestellt, daß das Preisniveau Deutschlands sich unter dem durchschnittlichen Weltpreisniveau hält. Ist es trotzdem möglich, die Preise in Deutschland noch weiter zu reduzieren? Diese Frage kann mit einem klaren „Ja“ beantwortet werden. Wenn man allerdings versucht, die „hohen“ Verdienste von Handwerk und Handel abzubauen, so braucht man sich nicht zu wundern, daß alle Maßnahmen fehlschlagen. Wo schon durch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Abbau bereits fortgeschritten ist, daß viele Betriebe in Zahlungsunfähigkeit kommen, da wird jede Preisabbau-Maßnahme illusorisch.

Wir hatten geglaubt, daß die Preisabbau-Politik der Regierung vor allem von den unter öffentlicher Kontrolle stehenden Betrieben sofort aufgegriffen würde. Es wurde daher sehr eigenartig an, daß gerade diese Betriebe teilweise die Preise erhöhen. Es sei nur an die Erhöhung des Salzpreises, des Preises für Spiritus zu gewerblichen Zwecken, an die vorerwähnte Erhöhung der Kollatordinge usw. gedacht. Auch die Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung sei hier erwähnt.

An welcher Stelle muß eine Preisabbauaktion einleiten, wenn sie Aussicht auf Erfolg haben soll? Unter den verschiedenen Faktoren, welche die Senkung der Preise unmöglich machen, stehen die öffentlichen Ausgaben an erster Stelle. Hier ist ein erheblicher Abbau notwendig! Im Jahre 1924 hat das Reich 2 1/2 bis 3 Milliarden mehr an Steuern aus der deutschen Wirtschaft herausgezogen als im Voranschlag vorgesehen war! Anstatt die Kaufkraft der Bevölkerung möglichst zu stärken und dadurch den Verbrauchern auskömmliche Verteilung ihres Lebensunterhaltes zu ermöglichen, dem Handel und Gewerbe aber Beschäftigung zu schaffen, greift der Staat in bedenklicher Weise in die Vermögenssphäre ein. Auch in diesem Jahre wurde diese Finanzpolitik fortgesetzt, in manchen Monaten sind 50, ja 75% mehr an Steuern erhoben worden, als der Voranschlag für den Monatsurschlag vorsieht. Allerdings macht sich hier eine rückläufige Beziehung bemerkbar, doch halten wir es für dringend erforderlich, daß die tatsächlichen Einnahmen mit den Soll-Einnahmen übereinstimmen. Jede Überschreitung der im Voranschlag festgelegten Summe muß durch entsprechende Steuerermäßigungen verhindert werden.

In den Ausgaben der öffentlichen Körperschaften sollte eigentlich der Verarmung unserer Wirtschaft entsprechend die äußerste Sparsamkeit herrschen. Leider ist das Gegenteil der Fall. Die Belastung unserer Wirtschaft durch Steuern, Soziallasten, Fracht und Post ist mit 18 Milliarden Mark mehr als doppelt so hoch als in der Vorkriegszeit! Hier muß abgebaut werden; diese Lasten, welche naturgemäß die Preise verteuern, müssen auf das unbedingt Notwendige herabgesetzt werden. Vor allem ist den Ländern und Gemeinden größte Einschränkung in ihren Ausgaben zur Pflicht zu machen. Es werden hier vielfach Summen ausgemorfen, die wir einfach nicht entbehren können; ich erinnere z. B. an die enorme Steigerung der Ausgaben für das Wohlfahrtswesen.

Die Verwaltung muß vereinfacht und verbilligt werden. Die Finanzverwaltung sei als Beispiel herangezogen. Vor dem Kriege kostete die Steuererhebung durch Reich, Länder und Gemeinden zusammen 119 Millionen Mark. Durch die Zentralisation unseres Steuerwesens ist fast eine Verbilligung einer Veruerung der Steuererhebung eingetreten, die Finanzämter kosten jetzt 533 Millionen Mark im Jahre!

Es wird genügen, aus der großen Zahl der preiswert um den Faktoren diese wenigstens ein Beispiel anzuführen, um dem Leser zu zeigen, an welcher Stelle der Abbau möglich ist. Außerste Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, Vereinfachung und Intensivierung der Verwaltung, Vermeidung

*) Vergl. auch Nr. 235 d. Bl.